Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 77 (1997)

Heft: 9

Artikel: Brasiliens ungelöste Landfrage

Autor: Schneider, Lukas M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165778

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lukas M. Schneider.

Historiker, Dr. phil., Dissertation an der Universität Zürich über die Geschichte der schweizerischen Auswanderungen nach Argentinien und Brasilien, Studienaufenthalte in Spanien. Schottland und Südamerika, diverse Reportagen und Essays zu lateinamerikanischen Themen.

.....

Brasiliens ungelöste Landfrage

Zu den eklatantesten Strukturproblemen Brasiliens gehört die unausgewogene Landverteilung. Obwohl unter Fachleuten Übereinstimmung besteht, dass der unproduktive Grossgrundbesitz eine sozioökonomische Besserstellung der Bevölkerung behindert, ist bis heute eine einschneidende Landreform ausgeblieben.

Seit Jahren schon spukt der aus der Aviatik entlehnte Begriff des unmittelbar bevorstehenden Take-off Brasiliens in den Köpfen von Beobachtern herum. Mit dieser Kurzformel versuchen Ökonomen das Entwicklungspotential des lateinamerikanischen Riesen plakativ zu erfassen. Doch bis heute ist der Sprung in die erlauchte Gruppe der Ersten Welt ein Wunschtraum geblieben. Die Realität Brasiliens präsentiert sich bei nüchterner Betrachtung wesentlich blasser.

Die rurale Fehlentwicklung geht auf die Kolonialzeit zurück, als die portugiesische Krone gegen Anerkennung geleisteter Dienste massenhaft Landbelehnungen, sogenannte sesmarias, gewährte. Nach der Unabhängigkeitserklärung (1822) wurde dieses Verfügungsrecht auf Landkonzessionen zwar suspendiert, ohne jedoch eine geeignete Nachfolgeregelung zu finden. Eine Normierung der Besitzverhältnisse erwies sich als schwierig, weil kein Katasterwesen existierte, das die verbliebenen herrenlosen Ländereien genau hätte bestimmen können. Somit bestanden denkbar schlechte Voraussetzungen für die Bereitstellung öffentlichen Landes mit sicheren Besitztiteln. Dieser Missstand sollte mit Hilfe eines 1850 erlassenen Landgesetzes behoben werden, doch die legislativen Bestimmungen blieben weitgehend tote Buchstaben. Die Oligarchie der Grossgrundbesitzer, die sogenannten fazendeiros, setzten sich über die staatlichen Verfügungen hinweg. Dadurch war der informellen Inbesitznahme brachliegender Ländereien nach dem Prinzip des Rechts des Stärkeren weitgehend Tür und Tor geöffnet. Die staatlich verordnete Regulation von Besitztiteln liess auch während der Ära der europäischen Masseneinwanderung zwischen 1875 und 1930 viel zu wünschen übrig. Der latifundismo als augenfälligstes koloniales Erbe dominierte weiterhin die ländlichen Herrschaftsverhältnisse. Zwar stand die Kolonisation als Mittel zur Bevölkerung und Urbarmachung ungenutzter Territorien auch in Brasilien im Vordergrund. Doch das Erwerbsprinzip von Grund und Boden wies fundamentale Unterschiede zu den Vereinigten Staaten auf. Während in den USA der Typus der individuellen und freien Ansiedlung über die Gründung von Familienfarmen vorherrschte, gestaltete sich in Brasilien wie auch in anderen lateinamerikanischen Einwanderungsstaaten wegen der bestehenden Grossgrundbesitzverhältnisse die Inbesitznahme von Boden wesentlich komplizierter. Das meiste kultivierbare Land, obwohl fast menschenleer, war unter den latifundistas bereits verteilt. Immerhin hatte die europäische Immigration auch in Brasilien eine regional beschränkte Verschiebung der ländlichen Besitzstrukturen zur Folge. So erhöhte sich in den vier südlichsten Bundesstaaten (Rio Grande do Sul, Santa Catarina, Paraná und São Paulo) der Anteil bäuerlicher Kleinbetriebe. In der Verankerung von freiem kleinbäuerlichem Eigenbesitz sind letztlich auch die Wurzeln des Wohlstandsgefälles zu suchen, die im 20. Jahrhundert zu den sozioökonomischen Disparitäten zwischen entwickeltem Südosten und armem Nordosten geführt haben. Nichtsdestotrotz blieb der latifundistisch strukturierte Agrarsektor im Einflussbereich einer numerisch kleinen Oligarchie bis in die Gegenwart hinein bestimmend.

Versprechungen und Enttäuschungen

Diese überkommenen ländlichen Besitzverhältnisse sind den auch der Hauptgrund für das Ausbleiben einer gesellschaftlichen Modernisierung Brasiliens. Inzwischen kommt das Unvermögen einer breiteren Streuung des kultivierbaren Bodenbesitzes einer sozialen Zeitbombe gleich; denn das exponentielle Wachstum der brasilianischen Küstenstädte ist eine Folge der Abwanderung verarmter Menschenmassen aus dem unterentwickelten Nordosten - ein Vorgang, der mit unverminderter Intensität anhalten wird, solange keine ausgewogenere Landvergabe stattfindet. Landreform heisst deshalb das Zauberwort zum Abbau drohender sozialer Konflikte. Nur: Wie soll diese in die Praxis umgesetzt werden? Darüber zerbricht sich die politische Elite seit Jahrzehnten die Köpfe. Getúlio Vargas, der sich 1930 an die Macht putschte, leitete zwar die Industrialisierung ein und verhalf der Arbeiterschaft zu politischem Selbstbewusstsein. In der Agrarfrage hingegen blieb seine Herrschaft wirkungslos. Sowohl die unmittelbar nachfolgenden zivilen Regierungen wie auch die Generäle während der Militärdiktatur (1964–1985) scheuten die Konfrontation mit der grossgrundbesitzenden Oligarchie. Zwar sieht die brasilianische Verfassung von 1988 gemäss Artikel 184 vor, dass brachliegendes Land für die Agrarreform enteignet werden kann. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft bekanntlich eine grosse Lücke. Die stets gross angekündigte gerechtere Landverteilung aus dem Munde brasilianischer Präsidenten liefert hierzu reichlich Anschauungsmaterial. Auch der seit zweieinhalb Jahren im Palácio do Planalto residierende Fernando Henrique Cardoso hat in dieser Hinsicht bisher enttäuscht. Gerade vom amtierenden Präsidenten, einem international angesehenen Soziologieprofessor, hätte man aufgrund seiner akademischen Vergangenheit mehr Sensibilität erwartet. Zwar gelang seinem Kabinett mit der Lancierung des sogenannten Plano Real eine eindrückliche makroökonomische Stabilisierung, doch gerade im Bereich der rechtsstaatlichen Verhältnisse hat Cardoso die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Der schlagendste Beweis hierzu ist gewiss die Verschleppung der juristischen Aufklärung im Zusammenhang mit dem Massaker vom 17. April 1996, als in Eldorado dos Carájas, im Süden des Bundesstaates Pará, 19 Landlose von der Militärpolizei exekutiert wurden. Dieser Vorfall hat international beträchtliches Aufsehen erregt,

Das Unvermögen
einer breiteren
Streuung des
kultivierbaren
Bodenbesitzes
kommt einer
sozialen
Zeitbombe gleich.

.....

insbesondere bei den Menschenrechtsorganisationen. Der Imageschaden für die brasilianische Regierung erwies sich als beträchtlich, und einmal mehr bestätigte sich die gouvernementale Hilflosigkeit in Fragen der Agrarreform. Der Protestmarsch nach Brasilia vom April dieses Jahres wurde zu einem grossen propagandistischen Erfolg für das Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST). Dieser straff organisierten Basisbewegung ist es vor allem zu verdanken, dass die Anliegen der Landlosen wieder ins Zentrum der Innenpolitik gerückt sind.

Schreckgespenst oder Hoffnungsträger?

Die Gründung des MST geht auf das Jahr 1984 zurück, als dessen Mitglieder zum ersten Mal Landbesetzungen vornahmen. Inzwischen ist die Landlosenbewegung zu einem ernstzunehmenden politischen Machtfaktor herangewachsen. Der MST ist bereits in 22 Bundesstaaten präsent und hat laut eigenen Angaben zwischen 1986 und 1996 1564 Siedlungen, sogenannte assentamentos, gegründet, wo sich 145000 Familien niederlassen konnten. Diese isoliert betrachtet ansehnliche Zahl entspricht jedoch nur einem Tropfen auf den heissen Stein; denn gemäss den Ausführungen von Illario Affonso da Silva, Koordinator des MST im Bundesstaat São Paulo, gibt es in Brasilien rund 23 Millionen Landlose. Obwohl in den letzten 30 Jahren ein enormer Urbanisierungsprozess eingesetzt hat, leben nach wie vor 40 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung auf dem Lande. Mit der Parole «Besetzen, Widerstand leisten und produzieren» teilt der MST die brasilianische Gesellschaft in Sympathisanten, Gegner und Unentschiedene. Für die grossgrundbesitzende Elite ist die Bewegung ein Schreckgespenst, demgegenüber sehen die marginalisierten sozialen Gruppen im MST einen neuen Hoffnungsschimmer. Die für lateinamerikanische Verhältnisse relativ breite Mittelschicht Brasiliens zeigt sich mehrheitlich unentschlossen. Zwar wird die Notwendigkeit von Agrarreformen im Gespräch mit dem Schreibenden wacker betont, hingegen zeigt man sich schockiert über die Wahl der angewandten Mittel. Landbesetzungen seien nicht die adäquate

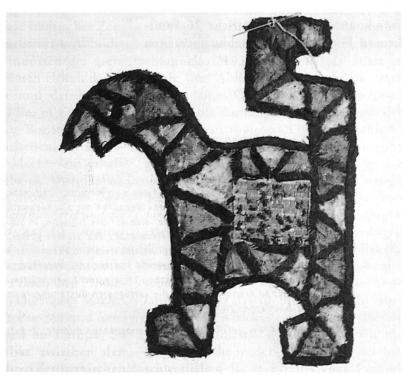
Waffe, um die rurale Misere zu verbessern, heisst es wiederholt. José Rainha, dem eigentlichen Führer des MST, ist es bisher nicht gelungen, grössere Interessengruppen der Mittelklasse für die Ziele der Landlosenbewegung einzuspannen. Obwohl er kürzlich in einem Interview mit der Wirtschaftszeitung «Carta Capital» betont hat, dass es bei der Agrarreform darum geht, den Kapitalismus zu reformieren, um ihn voranzubringen, haben diese und ähnliche Äusserungen vorläufig keinen entscheidenden Stimmungswandel bewirkt. Vertreter der Mittelschichten sehen sich in ihrer skeptischen Haltung dem MST gegenüber nicht zuletzt auch darin bestätigt, weil Rainha einen heiklen Gerichtsentscheid zu gewärtigen hat. Er steht unter Anklage, 1989 an zwei Morden im Bundesstaat Espirito Santo mitbeteiligt gewesen zu sein. Das erste Gerichtsverfahren vom 10. Juni dieses Jahres verurteilte Rainha zu 26 Jahren und 6 Monaten Haft. Da allerdings Zweifel über die tatsächliche Täterschaft bestehen - es gibt Zeugen, die behaupten, dass Rainha zum Zeitpunkt der beiden verübten Morde an einem Treffen mit andern Landlosen im nordöstlichen Bundesstaat Ceará weilte -, wird es am 16. September dieses Jahres zu einer Neuauflage des Gerichtsverfahrens kommen. Der MST ist in der Zwischenzeit bemüht, Rainha zum Opfer eines politischen Prozesses hochzustilisieren. Es wird denn auch mit einem Grossaufmarsch von Sympathisanten der Landlosenbewegung vor dem Gerichtsgebäude gerechnet.

Unterstützung im Kampf für eine konsequente Agrarreform erhält der MST von der Katholischen Kirche. Exponenten des Episkopats wie etwa Paulo Evaristo Arns aus dem Bundesstaat São Paulo stellen mit ihrer klaren Parteinahme eine nicht zu unterschätzende moralische Unterstützung dar. Sie haben Cardoso anlässlich einer Reise nach Italien im Februar dieses Jahres sogar zu peinlichen verbalen Ausrutschern provoziert, als er sich gegenüber dem Papst zur Äusserung hinriss, dass die Hirten gut beraten seien, bei ihrer sozialen Fürsorge im Zusammenhang mit der Landlosenbewegung nicht in einen Übereifer zu verfallen. Unter den politischen Gruppierungen ist die Arbeiterpartei (PT) der wichtigste Verbündete des MST. Gleichwohl verläuft die Zusammenarbeit nicht Unterstützung im
Kampf für eine
konsequente
Agrarreform
erhält die
Landlosenbewegung von
der Katholischen
Kirche.

Brasilien. Matte in Form eines Eichhörnchens (Federn, Ameisen, Weiden; Wayanaindianer). Genf, Musée d'Ethnographie. immer reibungslos. Gerade bei nationalen Kundgebungen wie jüngst gegen die Privatisierung des grössten brasilianischen Bergbaukonzerns, der «Comphania do Vale do Rio Doce», zeigt sich die Rivalität besonders deutlich. Denn die Mobilisierung der Arbeiterschaft betrachtet der PT als sein ureigenes Terrain, wo das Vorpreschen des MST nicht erwünscht wird. Solche Unstimmigkeiten unter den oppositionellen Kräften dürften sich beim gemeinsamen Kampf gegen die Bundesregierung in Zukunft eher noch verstärken.

Modell oder Glücksfall?

Brasilien pendelt zwischen Erster und Dritter Welt. Jeder Besucher wird sich dessen gewahr. Auf bundesstaatlicher Ebene stellt São Paulo das Paradebeispiel dieser Zerrissenheit dar. Eine hochindustrialisierte Megalopolis, die den Vergleich mit entwickelten Agglomerationen Europas nicht zu scheuen braucht, steht einem Hinterland gegenüber, dem Pontal de Paranapanema, wo weiterhin halbfeudalistische Besitzverhältnisse dominieren. Die Visite eines assentamentos in Sumaré, etwa 30 km westlich von Campinas gelegen, gibt aus nächster Anschauung Aufschluss über Produktion, Organisation und Entwicklung einer von Landlosen betriebenen Besetzung. João Calixto da Silva, ein 48 Jahre alter Kleinbauer schwarzer Haut-



farbe, erzählt mir mit weit ausholender Gestik die Geschichte des assentamentos von Sumaré. Demnach besetzten 1984 50 Familien 274 Hektaren brachliegendes Land, das der staatlichen Eisenbahngesellschaft São Paulos gehört. Bis heute leben 26 Familien auf dem okkupierten Boden. In erster Linie wird Gemüseanbau betrieben: Tomaten, Mohrrüben, Auberginen sowie Weisskohl stellen die Hauptprodukte dar, die sich in der nahegelegenen Kleinstadt Sumaré einer grossen Nachfrage erfreuen. Die Beziehungen mit den Stadtbehörden sind laut João ausgezeichnet. Sorgen bereitet ihm hingegen der Unwille des Bundesstaates, die Regulation der Eigentumstitel vorzunehmen. Nach 13 Jahren ist der Rechtsstreit immer noch im Gange. Es besteht keinerlei Klarheit, ob der besetzte Boden definitiv in die Hände der Produzenten übergehen wird. Ungeachtet dieses juristischen Vakuums arbeiten die Kleinbauern zielstrebig an der Verbesserung ihrer materiellen Verhältnisse. Mit leuchtenden Augen berichtet João über die bevorstehende Gründung einer Kooperative, die den lästigen Kreis der Zwischenhändler ausschalten soll, um auf direktem Wege die angebauten Erzeugnisse den Konsumenten verkaufen zu können. Auch für die Ausbildung der Kinder wird gesorgt. So verfügt das assentamento bereits über eine Grundschule. Von der Verwaltung her wird ein basisdemokratisches Modell angewandt. Gemäss João kommen jeweils sämtliche 26 Familien zu Beratung und Beschlussfassungen

Es besteht
keinerlei
Klarheit, ob der
besetzte Boden
definitiv in die
Hände der
Produzenten
übergehen wird.

zusammen. Ungeachtet der beredten Worte des sympathischen Kleinbauern wird bald einmal klar, dass es sich beim aufgesuchten assentamento um einen Glücksfall handelt. Die überschaubare Grösse der Siedlung kommt der gewählten Organisationsform sehr entgegen, wäre jedoch bei einer grösseren Einwohnerzahl kaum funktionsfähig. Als entscheidender strategischer Vorteil schliesslich muss die Nähe zu einem lokalen Absatzmarkt genannt werden. Solche günstigen geographischen Rahmenbedingungen sind sonst bei assentamentos keineswegs die Regel. Aufgrund dieser skizzierten Umstände kann der Besuch dieser erfolgreich betriebenen Landbesetzung nicht als repräsentativ betrachtet werden.

Unbestritten jedoch bleibt, dass die Agrarreform zur Schicksalsfrage Brasiliens geworden ist, die wie ein Damoklesschwert über diesem riesigen Land schwebt. Wird sie weiterhin auf die lange Bank geschoben, hält der demographische Druck unweigerlich die entsprechende Antwort bereit. Bis heute ist der Boden ein Statussymbol ersten Ranges geblieben. Wer in Brasilien Geld besitzt, kauft Land, auch wenn er sich überhaupt nicht für dessen Produktivität interessiert. Der amtierende Präsident geht als Grossgrundbesitzer mit schlechtem Beispiel voran. Solange in dieser Hinsicht kein Bewusstseinswandel einsetzt, sieht es um die Zukunft einschneidender Veränderungen in den ländlichen Besitzstrukturen düster aus. Und Mentalitäten kann man nicht von heute auf morgen umpolen. ◆

SPLITTER

Die Marktwirtschaft ist nicht auf den sich moralisch selbstüberwindenden Übermenschen angewiesen, sondern setzt auf den «normalen» Menschen mit durchschnittlicher Moral. Ihre Ethik appelliert somit nicht an Gefühle, sondern stützt sich auf das typische, in die persönliche Verantwortung eingebettete und in die wirtschaftliche Rahmenordnung des Staates gestellte menschliche Verhalten. Die Soziale Marktwirtschaft versucht diese Individualethik in besonderer Weise institutionell abzusichern, indem sie die soziale Verantwortung konzeptionell verankert. Ob diese Konzeption den Anforderungen unserer christlich-abendländischen Ethik gerecht wird, dürfte im wesentlichen vom Vermögen ihrer politischen Kräfte abhängen, die verfügbaren Gestaltungsräume dieser Wirtschaftsordnung im Dienste sozialethischer Ziele zu nutzen.

Hermann May, in: Handbuch zur ökonomischen Bildung, 3. Auflage, Oldenburg 1997, S. 510.